

Windenergie Brandenburg: Hoher Zubau für 2017 erwartet – BWE ruft Bürger zur Beteiligung an Regionalplanung auf – in der Uckermark gehen die (Wind-) Lichter aus

geschrieben von Andreas | 23. März 2017
Pressemitteilung

Berlin/Potsdam, 22. März 2017: Mit knapp 500 MW lag der Zubau der Windenergie in Brandenburg 2016 deutlich über dem des Vorjahres. Für 2017 erwartet der Verband ähnlich hohe Werte, ab 2018 wird der Windkraftausbau deutlich zurückgehen. Das gab der Bundesverband WindEnergie (BWE) Berlin/Brandenburg heute auf seiner Jahrespressekonferenz bekannt. Um langfristig Rückhalt für die Windenergie zu sichern, fordert der Verband dazu auf, Bürger, Kommunen und Interessensgruppen stärker in die Regionalplanung einzubinden.

In Brandenburg wurden 2016 genau 173 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 493,80 MW errichtet. „Damit liegen wir fast ein Viertel über dem Zubau aus dem Vorjahr“, so Jan Hinrich Glahr, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin / Brandenburg im BWE. Für die Übergangsjahre 2017 und 2018 können 290 Anlagen bzw. 876,6 MW noch unter Fortschreibung der stark degressiv ausgestalteten EEG-Festvergütung umgesetzt werden. Deshalb rechnet der Verband für 2017 noch einmal mit einem hohen Zubau von bis zu 600 MW neu installierter Windkraft. 2018 wird sich der jährliche Zubau dann möglicherweise auf 300 MW abflachen, bevor 2019 nur noch

Projekte aus Ausschreibungen realisiert werden können.

„Wegen der aktuellen Umstellung im Vergütungssystem für Windenergie erleben wir einen kurzfristigen Anstieg des Zubaus“, erklärt Glahr. Ab diesem Jahr wird bundesweit nur noch eine begrenzte Menge Windenergie ausgeschrieben. Den Zuschlag bekommt, wer den Strom am günstigsten anbietet. „Der Wettbewerb nimmt damit deutlich zu. Viele Projektierer haben sich daher darauf konzentriert, weit fortgeschrittene Genehmigungsverfahren noch 2016 abzuschließen. Diese Anlagen können nun bis Ende 2018 errichtet werden“, so Glahr.

Im Ländervergleich liegt Brandenburg beim Zubau an vierter Stelle hinter Niedersachsen (900,40 MW), Schleswig-Holstein (651,20 MW) und Nordrhein-Westfalen (564,45 MW). Wie schon in den Vorjahren entspricht das einem Anteil des bundesweiten Brutto-Leistungszubaus von etwa zehn Prozent. Damit stehen, Stand Dezember 2016, insgesamt 3.630 Windenergieanlagen in Brandenburg mit einer Leistung von 6.337 MW.

Mit 43 Anlagen wurden im Landkreis Teltow-Fläming die meisten Windenergieanlagen errichtet, gefolgt von Dahme-Spreewald (24 Anlagen) und Elbe-Elster (18 Anlagen). Die meisten Genehmigungen für neue Bauprojekte gab es mit 82 Anlagen in der Uckermark. In Barnim und Märkisch Oderland wurden 2016 zwar nur wenige Windenergieanlagen errichtet (zwei bzw. fünf Anlagen), allerdings wurden Genehmigungen für 24 bzw. 19 weitere Anlagen abgeschlossen.

Glahr ging im Rahmen der Pressekonferenz auch auf eine aktuelle Erhebung der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) zu den Beschäftigungszahlen in der Windbranche ein: „In Brandenburg und Berlin waren 2015 insgesamt 9.390 Menschen direkt oder indirekt in der Windbranche beschäftigt. Allein durch Betrieb und Wartung der Anlagen entstanden 2.620 Arbeitsplätze“, so Glahr. „Gegenüber 2012 sind das 1330 mehr Beschäftigte.“

Verlässliche Regionalplanung ist Voraussetzung für Akzeptanz

Mit der Regionalplanung wird festgelegt, wo Windenergieanlagen gebaut werden dürfen. „Während in einigen Gebieten Brandenburgs die Regionalplanung noch immer nicht abgeschlossen ist, hat man in Uckermark-Barnim alle Interessensgruppen direkt an der Planung beteiligt“, erklärte Jan Schröder, Geschäftsführer des Windplaners NOTUS Energy aus Potsdam. Ein Erfolgsmodell: „Uckermark-Barnim hat mit großem Konsens über zwei Prozent seiner Landesfläche als Eignungsgebiet für Windenergie ausgewiesen. Damit liegt die Region voll im Plan der Brandenburger Energiestrategie 2030.“ Anlässlich der Pressekonferenz hat der BWE Berlin/Brandenburg sein Positionspapier zur Brandenburger Regionalplanung veröffentlicht. Darin fordert der Verband unter anderem, klare und landesweit einheitliche Regeln sowie ausreichend Planungsspielraum für die Kommunen, um bei der rechtssicheren Ausweisung von Windflächen voran zu kommen.

Uckermark: Die Nacht wird wieder dunkel

Ab Mitte 2018 soll in der Uckermark die bisher vorgeschriebene Befeuerung der Windkraftanlagen fast vollständig abgeschaltet werden. Die Betreiber der Windräder werden bis dahin ein gemeinsames Radarsystem aufgebaut haben, welches erkennt, ob sich ein Flugzeug oder Hubschrauber den Windenergieanlagen nähert: Erst dann gehen die roten Warnlampen an. Mit etwa 400 angeschlossenen Windenergieanlagen wird in der Uckermark das bundesweit größte Areal auf diese sogenannte Bedarfsgerechte Befeuerung umgestellt. „Die Windbranche hat viele Jahre daran gearbeitet, eine technische Lösung für die Bedarfsgerechte Befeuerung zu entwickeln. Im vergangenen Jahr wurde die Technologie endlich vom Gesetzgeber zugelassen. Wir setzen sie nun in der Praxis um“, erklärte Jan Hinrich Glahr. „Wichtig wäre, jetzt eine bundesweit einheitliche Regelung zum Einsatz dieser Technologie zu erreichen. Nur so lässt sich verhindern, dass Windplaner, die diese Technik einsetzen, im Ausschreibungssystem einen Wettbewerbsnachteil haben. Bisher

ist auch noch nicht gelöst, wie die nachträgliche Aufrüstung von Bestandsanlagen mit dieser Technologie finanziert werden kann“, so Glahr.

Lausitz: Leuchtturm-Region für Sektorenkopplung

Glahr ging auch auf den Strukturwandel in der Braunkohleregion Lausitz ein: „Wir verfügen in der Lausitz über sehr viel günstige Energie aus Windenergie, die regional genutzt werden kann.“ Grund sei, dass mit dem Stichtag 2020 viele Altanlagen aus dem EEG-System fallen, aber weiterhin günstigen Strom produzieren. „Wir haben hier die einmalige Gelegenheit, Erzeuger und Verbraucher von Energie regional zusammenzubringen und damit Infrastrukturanreize für die Region zu schaffen“, so Glahr weiter. Die Lausitz könne damit zu einer Leuchtturm-Region für die in Zukunft so wichtige und viel beschworene Sektorenkopplung werden.

Kontakt BWE

Jan Hinrich Glahr

Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE), Landesverband Berlin-Brandenburg

Gregor-Mendel-Straße 36

14469 Potsdam

Tel: 0331 27342-884

Fax: 0331 27342-886

be-bb@bwe-regional.de

www.wind-energie.de

Pressekontakt

Ahnen&Enkel, Agentur für Kommunikation

Mariannenstraße 9-10

10999 Berlin

0176 24569084

weller@ahnenenkel.com

www.ahnenenkel.com

Starkes Interesse an Off-Grid mit Wind und Sonne auf der Energy Storage

geschrieben von Andreas | 23. März 2017

Pressemitteilung

- Viele Besucher auf der Erneuerbaren-Energie-Insel von ABO Wind
- Abgelegene Orte profitieren von umweltfreundlicher Technik
- Speicher, PV- und Windenergie senken Stromkosten

(Wiesbaden, 17. März 2017) ABO Wind hat bei der sechsten Energy Storage-Konferenz vom 14. bis 16. März in Düsseldorf Lösungen für Off-Grid-Systeme mit Wind, Sonne und Speichern vorgestellt. Zahlreiche Besucher informierten sich auf der Erneuerbaren-Energie-Insel des Wiesbadener Unternehmens. „Strom aus Wind und Sonne ist an vielen Standorten ohne Netzanschluss nicht nur umweltfreundlicher, sondern auch deutlich günstiger als die bisher üblichen Diesel-Aggregate. Besonders interessant ist das für Minen, vom Versorgungsnetz abgeschiedene Siedlungen oder Inseln“, sagt Jörg Wirtz, Projektleiter in der Abteilung für Zukunftsenergien bei ABO Wind. Dank Photovoltaik und Windenergieanlagen in Kombination mit Speichertechnologien müssen Tankfahrzeuge deutlich weniger Diesel in isolierte Gegenden transportieren. Der Strom wird stattdessen hauptsächlich ressourcenschonend vor Ort produziert, gespeichert und genutzt. Im Idealfall macht ein solches Off-Grid-System mit Wind und Sonne Dieselgeneratoren völlig obsolet.

ABO-Wind Gründer und Vorstand Jochen Ahn ist von diesem Ansatz überzeugt: „Als einer der erfahrensten Projektierer Europas

bringen wir auf diesem Feld unsere Expertise aus mehr als zwei Jahrzehnten ein. Von der Planung über die Finanzierung bis zum Bau setzen wir alle Schritte zur erfolgreichen Implementierung von Off-Grid-Projekten um.“ Experten analysieren dafür im Vorfeld die Bedürfnisse des Kunden und berechnen, welche Kombination von Windenergieanlagen, Photovoltaiksystemen und Energiespeichern optimale Ergebnisse erzielt.

Auf der die Energy Storage begleitenden internationalen Konferenz zur Speicherung Erneuerbarer Energien (IRES 2017) haben Experten aus der Zukunftsabteilung von ABO Wind außerdem Konzepte zum Aufbau eines deutschlandweiten Netzes von Wasserstofftankstellen sowie integrierte Speicherlösungen mit Redox-Flow-Batterien zur Energieversorgung von Gewerbeparks vorgestellt.

Mehr Informationen zu den Speicherprojekten von ABO Wind gibt es unter www.abo-wind.de/energie-insel.

Kontakt

Dr. Daniel Duben
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

ABO Wind AG
Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden
Tel: (0611) 267 65-577; Fax: -599
Mobil: 0152 567 11 577
daniel.duben@abo-wind.de
www.abo-wind.de

Wahlprüfsteine Berlin: Energie bleibt zentrales Thema der Berliner Politik / Parteien setzen auf Clusterbildung und Sektorenkopplung / Totalausfall AfD

geschrieben von Andreas | 23. März 2017

Der Regionalverband Berlin/Brandenburg des Bundesverbandes WindEnergie (BWE) hat vor der Landtagswahl in Berlin die Parteien zu energiepolitischen Themen befragt. „Wir begrüßen, dass sich fast alle Parteien zu Klimaschutz und zu einer eigenständigen Energiepolitik in der Hauptstadt bekennen“, erklärt Tom Lange, Regionalvorsitzender im BWE Berlin/Brandenburg. Platz für Windenergieanlagen auf Industrieflächen in Berlin sehen die Parteien aber nicht.

CDU, FDP, Grüne, Linke, Piraten und SPD haben die fünf Fragen des BWE eingehend und differenziert beantwortet. Gefragt wurde nach der Förderung innovativer Unternehmen in Berlin, der Beurteilung des aktuellen Berliner Energie- und Klimaschutzabkommens sowie nach dem Ausbau der Erneuerbaren und insbesondere der Windkraft in der Stadt.

Die Wahlprüfsteine zeigen, dass die Klima- und Energiepolitik – trotz der verschiedenen Positionen im Detail – in der Landespolitik weiter einen hohen Stellenwert hat. „Die größten Unterschiede zeigen sich im Tempo und in den Prioritäten, mit denen die Parteien die Energiewende vorantreiben wollen“, so Lange. So betont die Linke den Mieterschutz bei der energetischen Sanierung von Häusern, die FDP sieht die

„Wärmebereitstellung als einen besonders wichtigen Teilbereich“ des Berliner Energie- und Klimaschutzabkommens (BEK).

Wichtiges Thema aller Parteien sind Vernetzung und Sektorenkopplung. Die FDP will die Bereiche der Energiewirtschaft „systematisch im Verbund als Cluster“ aufbauen, nach Ansicht der Grünen kann Berlin „durch einen Fokus auf Speichertechnologie, Sektorkopplung und Lastmanagement ein idealer Partner für Brandenburg mit den hohen Mengen Windstrom“ werden.

Bei der Forderung des BWE nach einer Standortsuche für Windkraftanlagen etwa auf Industrieflächen zeigen sich die Parteien aber durchweg skeptisch. „Dabei haben Städte wie Hamburg und Bremen zehnmal so viel Windkraft auf ihrem Stadtgebiet wie Berlin. In Industriegebieten ist die Windstromerzeugung sinnvoll und möglich. Da ist in Zukunft noch viel Aufklärungsarbeit nötig“, erklärt Tom Lange.

Lediglich die AfD ließ die Fragen unbeantwortet. „Die AfD bringt es aber schon in ihrem Parteiprogramm fertig, sowohl Erneuerbare Energien als auch Energiesparen etwa bei Gebäuden ganz grundsätzlich abzulehnen. Sie setzt einseitig auf „billige Energie“, was nach heutigem Stand auf alte, abgeschriebene Kohle- und Atomkraftwerke hinausläuft, die sich jedoch bei näherer Betrachtung als volkswirtschaftlich unrentabel darstellen und für den Verbraucher auf lange Sicht höhere Kosten verursachen“, so Lange. Gleichzeitig rückt diese Partei als einzige den Klimaschutz in die Nähe einer politischen Ideologie und zweifelt die wissenschaftlichen Belege für die Klimaveränderung an. „Mit Blick auf die Zukunft der Lebensgrundlagen, der Menschen und der Wirtschaft in Deutschland ist das eine beispiellos zynische Haltung. Gerade für die jungen Menschen, die den Klimawandel erleben werden und Jobs bei den Erneuerbaren finden, ist das ein Schlag ins Gesicht und ist nicht Ausdruck des gesellschaftlichen Willens“, macht Lange deutlich.

Der BWE Regionalverband Berlin/Brandenburg fordert, dass die Hauptstadtregion Berlin die urbane Stimme der Energiewende wird. „In Berlin ließen sich in großem Stil virtuelle Kraftwerke umsetzen, um ganze Bezirke großflächig mit grünem Strom von den Hausdächern und aus dem Umland zu versorgen“, sagt Lange. Und weiter: „Die Regierungsparteien werden in der Pflicht sein, alle Möglichkeiten umzusetzen und Berlin zur urbanen Stimme der Energiewende zu machen. Aus der Stadt mit dem „dicken B“ soll das Vorbild „grünes B“ werden.“

Die Pressemitteilung sowie die vollständigen Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine finden Sie im Anhang dieser Mail oder im Internet unter: www.wind-energie.de/presse/meldungen/2016/wahlpruefsteine-berlin-energie-bleibt-zentrales-thema-der-berliner-politik

Kontakt:

Tom Lange, Regionalvorsitzender im BWE Berlin/Brandenburg
Tel: 0331 27342-884
Fax: 0331 27342-886
be-bb@bwe-regional.de

Jan Hinrich Glahr, Landesvorsitzender Berlin/Brandenburg
Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE),
Landesverband Berlin-Brandenburg
Gregor-Mendel-Straße 36
14469 Potsdam
www.wind-energie.de

Ansprechpartner für die Presse:

Kai Weller, Agentur Ahnen&Enkel
Mobil: 0176 245 690 84
weller@ahnenenkel.com
www.ahnenenkel.com

Branchentag der Brandenburger Windenergie in Potsdam – Vereinbarung mit der Landesregierung gibt Antworten auf drängende Fragen zum Ausbau / Branche beschäftigt in Brandenburg 6.863 Mitarbeiter und erwirtschaftet 1 Mrd. Euro Umsatz

geschrieben von Andreas | 23. März 2017
Pressemitteilung

Potsdam / Berlin, den 26. Mai 2016

Mit einer bundesweit wegweisenden Vereinbarung gehen die Landesregierung Brandenburgs und die regional tätigen Windenergie-Unternehmen einen gemeinsamen Schritt, um zentrale Fragen zum Ausbau der Windenergie zu beantworten. Eine aktuelle Studie von DIW Econ belegt, dass in Brandenburg 6.863 Erwerbstätige von der Windkraft leben und die Branche eine Wertschöpfung von mehr als einer Milliarde Euro erreicht. Die Windbranche wird mehr und mehr zum Stabilitätsanker der Brandenburger Wirtschaft.

Wenige Tage vor der mit Spannung erwarteten Abstimmung der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin zur Zukunft des Erneuerbaren Energien Gesetzes EEG, haben sich in Potsdam 340 Akteure zum ersten Windbranchentag Berlin-Brandenburg getroffen. „Aus der aktuellen politischen Gemengelage heraus droht die von der Gesellschaft gewünschte und getragene Energiewende abgebremst zu werden. Tausende zukunftsfähige Arbeitsplätze in Brandenburg stehen auf dem Spiel. Dabei braucht dieses Bundesland eine Kontinuität beim Umbau der Energieversorgung, um die energiepolitischen Ziele zu erreichen und die sozialen Auswirkungen durch die sinkende Bedeutung der Kohleverstromung zu kompensieren“, erklärte Jan Hinrich Glahr, Vizepräsident des Bundesverbandes WindEnergie (BWE) und Landesvorsitzender des BWE in Brandenburg.

Auf dem Branchentag haben das Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg (MWE) und der Landesverband des BWE eine wegweisende „Vereinbarung zur besseren Information und Transparenz beim Ausbau der Windenergie“ unterzeichnet. „Die Vereinbarung ist ein erster wichtiger, gemeinsamer Schritt, um zentrale Unsicherheiten und Fragen bei Bürgern und Politikern aufzunehmen und Lösungen anzubieten. Wir haben uns in der Vereinbarung selbst verpflichtet, mit einem Abstand von 1.000 Metern zur Wohnbebauung zu planen, wenn die Steuerungswirkung durch die Regionalplanung oder kommunale Bauleitplanung nicht gegeben ist“, erklärt Jan Hinrich Glahr.

Ebenso sollen Windparks nicht in Eichen- oder Buchenwäldern gebaut werden. Bei Planung, Bau und Betrieb der Anlagen sollen regionale Firmen profitieren und die Wertschöpfung vor Ort halten. Um den Informationsaustausch zu verbessern, wollen die Vorhabenträger freiwillig und vor der Genehmigung in den Dialog mit den Anwohnern geplanter Windparks treten.

Eine heute veröffentlichte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Econ bestätigt, dass sich die Windenergie für das Land auch wirtschaftlich lohnt. Laut DIW Econ hat die Windenergie in Brandenburg im Jahr 2014 eine

Bruttowertschöpfung von gut einer Milliarde Euro (1.080 Millionen Euro) erzeugt. Durch Investitionen in neue WEA wurden 303 Millionen Euro an Bruttowertschöpfung generiert. „Das Land profitiert nicht nur von der Energieerzeugung aus Wind; die Windenergie sichert und schafft auch immer mehr Arbeitsplätze“, erläutert Glahr die Zahlen. Die Anzahl der Beschäftigten lag 2014 bei 6.863. Dabei werden die Stellen hier überwiegend beim Bau der Windräder geschaffen (4.741 Arbeitsplätze).

„Die Windenergie und die Energiewende werden so für Brandenburg immer stärker zu einer wirtschaft- und industriepolitischen Kraft und schaffen Arbeitsplätze. Unsere Branche wächst zu einem echten Stabilitätsanker der Brandenburger Wirtschaft heran“, so Glahr weiter.

Kontakt:

Jan Hinrich Glahr

Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE), Landesverband Berlin-Brandenburg

Gregor-Mendel-Straße 36

14469 Potsdam

Tel: 0331 27342-884

Fax: 0331 27342-886

be-bb@bwe-regional.de

www.wind-energie.de

Ansprechpartner für die Presse:

Kai Weller

Mobil: 0176 245 690 84

weller@ahnenenkel.com

Agentur Ahnen&Enkel

www.ahnenenkel.com

Bundesweite Protestaktion gegen das Ausbremsen der Energiewende

geschrieben von Andreas | 23. März 2017

- Verbände der Erneuerbaren Energien veranstalten bundesweite Warnminute
- ABO Wind beteiligt sich an den Standorten Wiesbaden und Heidesheim bei Mainz am Protest
- Unterstützung durch hessische und rheinland-pfälzische Landesregierung

(Wiesbaden, 23 Mai 2016). Als Teil der EEG-Kampagne „Energiewende retten!“ findet am Mittwoch, 25. Mai 2016, bundesweit um „5 vor 12“ eine Warnminute statt. Um 11.55 Uhr werden rund hundert Beschäftigte des Windkraft-Unternehmens ABO Wind am Firmensitz Wiesbaden und rund 50 Mitarbeiter am Standort Heidesheim symbolisch die Arbeit niederlegen und gegen die von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) angekündigte Drosselung des Windenergieausbaus protestieren.

Der vorliegende Entwurf für das Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG 2016) gefährdet den Ausbau der Windenergie und der Erneuerbaren Energien insgesamt. Die Branche fordert daher ein klares Bekenntnis zur Energiewende und zum weiteren Ausbau der Erneuerbaren. Insbesondere bedarf es Regelungen, um den weiteren Ausbau der Windkraft im Süden und in der Mitte Deutschlands sicherzustellen. Andernfalls droht durch den Wechsel auf ein Ausschreibungssystem eine Konzentration des Zubaus auf den windstärkeren Norden. Dort allerdings sind die Netze bereits überlastet. Die dadurch verursachten Abschaltungen müssen von den Stromkunden bezahlt werden.

„Wir freuen uns, dass die hessische wie die rheinland-pfälzische Landesregierung die Position der heimischen Windkraftbranche unterstützen“, sagt ABO Wind-Vorstand Dr. Jochen Ahn. Bei einem Gipfeltreffen der Ministerpräsidenten mit Bundeskanzlerin Angela Merkel soll am 31. Mai im Bundeskanzleramt ein Kompromiss erarbeitet werden. Die Vorbereitungen dazu sind im Gange.

Wir möchten Sie herzlich einladen zur Warnminute „5 vor 12“.

In Wiesbaden beteiligt sich Angela Dorn, energiepolitische Sprecherin der Grünen, an der kleinen Kundgebung. In Heidesheim hat Dr. Bernhard Braun, Vizepräsident des rheinland-pfälzischen Landtags, seine Teilnahme zugesagt.

Ort: ABO Wind AG, Unter den Eichen 7 (Treffpunkt: Parkplatz im Innenhof bei Postfiliale), 65195 Wiesbaden
sowie Oberdorfstraße 10 (am Parkplatz), 55262 Heidesheim

Zeit: 25. Mai 2016, 11.45 Uhr-12.15 Uhr

Art: Bild- und Worttermin

Bitte nutzen Sie nach Möglichkeit das folgende Antwortformular:

Antwort bitte an ABO Wind AG, Fax: 0611 267 65-599,
presse@abo-wind.de

Ja, ich nehme am Pressetermin in Wiesbaden teil.

Ja, ich nehme am Pressetermin in Heidesheim teil.

Bitte vermitteln Sie mir in Wiesbaden ein Interview mit Angela Dorn.

Bitte vermitteln Sie mir in Heidesheim ein Interview mit Dr. Bernhard Braun.

Bitte vermitteln Sie mir ein Interview mit Beschäftigten von ABO Wind.

() Nein, ich kann leider nicht kommen.

() Ich kann leider nicht kommen. Bitte senden Sie mir eine Pressemitteilung an folgende Anschrift:

Kathrin Dorscheid
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

ABO Wind AG
Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden
Tel: (0611) 267 65-531; Fax: -599
Mobil: 0152 567 77 531
kathrin.dorscheid@abo-wind.de
www.abo-wind.de

BWE begrüßt Regionalplan Uckermark-Barnim: „Verlässlicher Rahmen und hohe Akzeptanz sind wichtiger als die Durchsetzung maximaler Forderungen“

geschrieben von Andreas | 23. März 2017
Pressemitteilung

Potsdam / Berlin, den 11. April 2016: Nach mehr als zehn Jahren Planung will die Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim in ihrer heutigen Sitzung festschreiben, wie es mit der Windkraft in der Region weitergeht. Auch wenn danach nur noch 2,2 % der Fläche für Windräder ausgewiesen

bleiben: Für den BWE Regionalverband haben die Planer eine gute Balance zwischen Akzeptanz, Naturschutz und den Zielen der Energiewende in Brandenburg gefunden.

„Nach der Planung der Regionalversammlung Uckermark Barnim werden von heute an nur noch etwa hundert weitere Anlagen in der gesamten Region Uckermark-Barnim gebaut. Und der Rückbau von Altanlagen könnte dazu führen, dass sich unter dem Strich die Zahl der Anlagen in der Region mittelfristig kaum noch verändert oder zurückgeht“, erklärt Jan Hinrich Glahr, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin / Brandenburg im BWE.

„In dem so genannten Teilregionalplan „Windnutzung, Rohstoffsicherung und -gewinnung“ wurden extrem restriktive Vorgaben für die weitere Entwicklung der Windkraft gemacht“, sagt Glahr. Die rund hundert noch zusätzlich denkbaren Anlagen entsprechen einer Leistung von 350 bis 400 Megawatt (MW).

„Aus unserer Sicht wäre gerade in der Uckermark und Barnim deutlich mehr Windkraft möglich. Aber der Schutz der Anwohner etwa vor Geräuschen und die Belange des Naturschutzes werden in Brandenburg so hoch gewertet, wie sonst in kaum einem anderen Bundesland“, so Glahr. Der Regionalplan führe beispielsweise dazu, dass neu genehmigte Windräder in Zukunft mindestens 1000 Meter Abstand zur nächsten Wohnbebauung haben werden, mehr als in den meisten anderen Bundesländern.

In Brandenburg ist die Windenergienutzung ohnehin grundsätzlich auf Flächen beschränkt, die von den Planungsbehörden für die Windenergie ausgewählt wurden. Diese so genannten Eignungsgebiete sind in der Regel besonders windreich, wenig empfindlich im Hinblick auf den Natur- und Artenschutz und weit von geschlossenen Ortschaften entfernt.

„Das ist nicht das Ergebnis, das sich die Windbranche gewünscht hätte. Aber wir rechnen damit, dass damit alle denkbaren sachlichen Einwände bedacht wurden. Und uns sind ein verlässlicher Rahmen für die Branche und eine hohe Akzeptanz

in der Bevölkerung wichtiger, als die Durchsetzung maximaler Forderungen“, so Glahr.

Hintergrund: Die Arbeiten an dem Regionalplan Uckermark-Barnim begannen schon 2005. Sie wurden 2008 neu aufgenommen, nachdem das Land seine Energiestrategie-Ziele formuliert hatte. In den Jahren 2011, 2013 und 2015 wurden die Pläne jeweils zur öffentlichen Beteiligung ausgelegt. Über den gesamten Zeitraum haben alle beteiligten Behörden, Wirtschaftsvertreter und insbesondere auch die Bürgerinitiativen gegen die Windenergie sich an den Beratungen beteiligt.

„In diesem langen Prozess haben alle Interessenvertreter Kompromisse zwischen persönlichen Wünschen und dem Allgemeinwohl gemacht. Etliche für die Windkraft im Grunde gut geeigneten Gebiete wie Flächen an der Autobahn A11 bei Wandlitz stehen für die Windenergienutzung nicht mehr zur Verfügung“, erklärt Glahr. Jetzt verbleiben gerade mal 2,2 % der Fläche der Region für die Windenergie.

Für die weiter andauernden Proteste einzelner Bürgerinitiativen zeigt Glahr daher weniger Verständnis: „Man muss sich fragen, ob es hier wirklich noch um die Interessen der Bürger in Brandenburg geht oder um einen persönlichen Feldzug einzelner gegen Klimaschutz und Energiewende.“ Führende Mitglieder der Bürgerinitiativen gegen die Windkraft hatten zuletzt wiederholt behauptet, dass Klimaschutz in Deutschland „völlig absurd“ sei, dabei grundsätzlich die Möglichkeit einer Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien in Frage gestellt und die „Verteufelung“ von Atomstrom beklagt.

„Das ist nicht unsere Welt. Wir wollen eine sachliche Diskussion. Und beim Klimaschutz müssen Mensch und Natur im Mittelpunkt stehen“, so Glahr.

Das Programm der öffentlichen Sitzung der Regionalversammlung Uckermark-Barnim finden Sie unter:

www.uckermark-barnim.de/images/planungsgemeinschaft/Protokolle

Kontakt:

Jan Hinrich Glahr
Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE),
Landesverband Berlin-Brandenburg
Gregor-Mendel-Straße 36
14469 Potsdam
Tel: 0331 27342-884
Fax: 0331 27342-886
be-bb@bwe-regional.de
www.wind-energie.de

Ansprechpartner für die Presse:

Kai Weller
Agentur Ahnen&Enkel
Mobil: 0176 245 690 84
weller@ahnenenkel.com
www.ahnenenkel.com

Windbranche steht bereit, den Ausstieg aus der Kohle mitzugestalten

geschrieben von Andreas | 23. März 2017
Pressemitteilung

Potsdam, 16.12.2015

Brandenburg darf sich durch ein Festhalten an der Braunkohle nicht zum Verlierer der globalen Energiewende machen. Durch die Beschlüsse der Klimakonferenz in Paris kommt der Abschied

von der Braunkohle womöglich schneller als bisher gedacht.

Nach dem Klimagipfel in Paris fordert der Bundesverband WindEnergie die Brandenburger Landesregierung auf, sich schneller und besser auf den Ausstieg aus der Braunkohle-Wirtschaft vorzubereiten. „Durch die Beschlüsse der Weltgemeinschaft wird die globale Energiewende schneller kommen als gedacht. Für Vorreiter bei den Erneuerbaren werden sich hier Märkte beim Einsatz regenerativer Kraftwerke, Stromspeicher und intelligenter Stromnetze eröffnen. Das Land hat gute Ansätze, hier könnte tatsächlich ein Silicon Valley der globalen Energiewende entstehen“, so Jan Hinrich Glahr, Landesvorsitzender des Bundesverbandes WindEnergie (BWE) in Berlin und Brandenburg.

„Die Brandenburger Windenergieunternehmen stehen bereit, diese Chance gemeinsam mit der Landesregierung zu nutzen und in den Wandel zu investieren“, so Glahr weiter. „Wir respektieren, dass der Ausstieg aus der Braunkohle dem Land und besonders der Region Lausitz schwerfällt. Mit dem Festhalten an der Braunkohle läuft das Land aber Gefahr, den Strukturwandel zu verschlafen. Wir müssen aufpassen, dass es Brandenburg nicht so geht wie den großen Energiekonzernen E.on, RWE, Vattenfall und Co.: Vor Jahren waren das wirtschaftliche und politische Riesen. Aber sie haben sich der Energiewende zu lange verweigert, sie finden sich heute in der Welt der Erneuerbaren kaum zurecht. Wenn Brandenburg nicht ebenso zu den Verlierern der globalen Energiewende gehören will, muss die Landesregierung jetzt konsequent auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien und den Umbau der Energiestruktur setzen.“

Das betrifft technische Innovationen wie „virtuelle Kraftwerke“ oder die zunehmende Verschränkung der Stromwirtschaft mit der Mobilität etwa über Wasserstoffspeicher, die auch in Brandenburg entwickelt werden.

„Wir werden alles dafür tun, dass Brandenburg auch im Zeitalter nach der Kohleverstromung „EnergieLand“ bleibt. Die Branche der Erneuerbaren will Verantwortung übernehmen und durch Investitionen die sozialen sowie wirtschaftlichen Auswirkungen des Strukturwandels auffangen. Wir sind überzeugt, dass in der Energiewende mehr Chancen als Risiken für Brandenburg stecken“, so Glahr.

Schon heute arbeiten in Brandenburg gut 6.700 Beschäftigte in der Windenergie. Die Branche erzielt in Brandenburg eine jährliche Wertschöpfung von rund 1 Milliarde Euro.

In der Anlage senden wir Ihnen unsere Pressemitteilung als PDF.

Kontakt:

Jan Hinrich Glahr
Landesvorstand BWE Berlin-Brandenburg
Gregor-Mendel-Str. 36-37
14469 Potsdam
Tel: 0331 27342-884
Mobil: 0179-4890713

ABO Wind und Neue Energie Bendorf eG planen Windpark bei Mayen

geschrieben von Andreas | 23. März 2017

- Partner erhalten Zuschlag bei Interessenbekundungsverfahren
- Zwei bis drei Anlagen bei Kürrenberg geplant
- Genehmigung wird voraussichtlich 2016 beantragt

(Mayen, 18. Dezember 2014) Der Projektentwickler ABO Wind und die Energiegenossenschaft Neue Energie Bendorf eG (NEBeG) realisieren gemeinsam einen Windpark bei Kürrenberg auf Flächen der Stadt Mayen. Die Partner haben sich im Interessenbekundungsverfahren zur Windkraftnutzung der Kommunalberatung Mayen gegen neun weitere Bewerber durchgesetzt.

Wie der Windpark genau aussehen wird, erarbeiten die Planer in den kommenden Monaten. Aktuell scheinen auf den zur Verfügung stehenden kommunalen Flächen zwei bis drei Windkraftanlagen möglich. Im kommenden Jahr beginnt ABO Wind mit der Kartierung geschützter Tierarten, voraussichtlich 2016 geht es ins Genehmigungsverfahren. Die NEBeG hat ein Exklusivrecht für den Kauf des Windparks. „Wir sind auf einem guten Weg, als erste Genossenschaft in Rheinland-Pfalz einen Windpark zu erwerben und operativ zu betreiben“, sagt Frank Simonis, ehrenamtlicher Vorstand der Neuen Energie Bendorf eG. Die NEBeG hat bereits drei Photovoltaik-Anlagen auf kommunalen Dachflächen mit einer Leistung von 192 Kilowatt Peak umgesetzt. Weitere Projekte in den Sparten Wasserkraft, Kläranlagen, Eigenversorgung sowie Eigenvermarktung der erzeugten Energie sind in Planung. Mit „MykStrom“ hat die Genossenschaft außerdem einen Bürgerstromtarif im Angebot. Der erzeugte Strom aus den Mayener Windkraftanlagen soll in das Bürgerstromportfolio aufgenommen werden, so dass Bürger der Region den Strom direkt beziehen können.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung setzt die Energiewende seit Jahren entschieden um: Bis 2030 soll der verbrauchte Strom bilanziell zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien stammen. Zwei Prozent der Fläche will das Land der Windkraftnutzung zur Verfügung stellen. „Die Stadt Mayen nimmt ihre Verantwortung ernst, mit an einer erneuerbaren Stromversorgung des Landes zu arbeiten. Der Windpark bei Kürrenberg wird dabei ein Baustein sein“, sagt Oberbürgermeister Wolfgang Treis.

ABO Wind hat in Rheinland-Pfalz bislang 27 Windparks mit einer Gesamtleistung von mehr als 230 Megawatt errichtet. Die

Kooperation mit lokalen Partnern wie der NEBeG liegt den Planern besonders am Herzen. „Wir freuen uns über die gute Zusammenarbeit mit der Neuen Energie Bendorf und darauf, mit ihr gemeinsam den Windpark Mayen zu realisieren“, sagt ABO Wind-Projektleiterin Dr. Susanne Adams.

Bürger an der Windkraft zu beteiligen, ist ABO Wind seit jeher ein wichtiges Anliegen. So hat das Unternehmen zwischen 1998 und 2005 acht Bürgerwindparks – darunter drei in Rheinland-Pfalz – aufgelegt. 2010 gründete ABO Wind die Betreibergesellschaft ABO Invest AG, um gemeinsam mit Bürgern, Stiftungen und Genossenschaften Windparks zu betreiben. Mehr als 4.000 Aktionäre haben sich bereits an der ABO Invest beteiligt, die europaweit mehr als 50 Windkraftanlagen betreibt. Zum Portfolio gehören mehrere Standorte in Rheinland-Pfalz.

Lena Fritsche

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

ABO Wind AG

Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden

Tel: (0611) 267 65-617; Fax: -599

Mobil: 0152 567 11 617

lena.fritsche@abo-wind.de

www.abo-wind.de